

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft

Nr. 1553

vom 29. September 2015

Kraftwerk Neuwelt Münchenstein / Sanierungsverfügung betreffend die Fischgängigkeit

1. Ausgangslage

Die eidgenössischen Räte haben am 11. Dezember 2009 Änderungen des Bundesgesetzes vom 24. Januar 1991¹ über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG), des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1991² über den Wasserbau, des Energiegesetzes vom 26. Juni 1998³ (EnG) und des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991⁴ über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) beschlossen. Die Kantone erhielten mit diesen Gesetzesänderungen unter anderem den Auftrag, bestehende Wasserkraftanlagen nach dem Bundesgesetz vom 21. Juni 1991⁵ über die Fischerei (BGF), Art. 10, im Hinblick auf die Wiederherstellung der freien Fischwanderung zu sanieren.

Art. 83b GSchG beauftragt die Kantone, die strategische Planung der Sanierungsmassnahmen für die Kraftwerke auf deren Kantonsgebiet vorzunehmen. Der Kanton Basel-Landschaft hat die gemäss Verordnung vom 24. November 1993⁶ zum Bundesgesetz über die Fischerei (VBGF) in Art. 9b bzw. Anhang 4 geforderte strategische Planung unter Einbezug der Betroffenen erarbeitet und nach Genehmigung durch den Regierungsrat fristgerecht beim BAFU eingereicht. In seiner Stellungnahme vom 19. August 2015 bestätigt der Bund den im Rahmen der strategischen Planung festgestellten Sanierungsbedarf.

Die IWB (Margarethenstrasse 40, 4002 Basel) betreibt gestützt auf die Konzession vom 31. Oktober 1995 das Kraftwerk Neuwelt Münchenstein. Sie hat in einer frühen Phase der Abklärungen zur Sanierung der Fischgängigkeit den Wunsch geäussert, allfällig notwendige Sanierungsmassnahmen zusammen mit weiteren, sich abzeichnenden Unterhaltsmassnahmen beim Kraftwerk umzusetzen und diese rasch anzugehen. Die IWB hat deshalb in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) und der Fischereifachstelle des Kantons die notwendigen Abklärungen zügig vorgenommen. Das AUE hat auf der Basis dieser Abklärungen einen Bericht zum Sanierungsbedarf beim Kraftwerk Neuwelt Münchenstein erstellt (Bericht „Strategische Planung Fischgängigkeit - Vorgezogene Sanierung Kraftwerk Neuwelt, Münchenstein“, 16. April 2014) und dem BAFU mit Brief vom 16. April 2014 zukommen lassen. Das BAFU hat mit Brief vom 14. Mai 2014 den festgestellten Sanierungsbedarf bestätigt und eine rasche Verfügung der Sanierungspflicht begrüsst.

Art. 9c VBGF sieht vor, dass die Kantone bei den auf kantonalen Konzessionen beruhenden Wasserkraftwerken die zur Sanierung der Fischgängigkeit notwendigen Massnahmen an-

¹ SR 814.20

² SR 721.100

³ SR 730.0

⁴ SR 211.412.11

⁵ SR 923.0

⁶ SR 923.01

ordnen. Zuständige Instanz für die Erteilung von Kraftwerkskonzessionen ist gemäss § 29 des kantonalen Gesetzes vom 1. April 2004⁷ über den Wasserbau und die Nutzung der Gewässer (WBauG) der Regierungsrat. Dem Regierungsrat obliegt somit auch die Verfügung von Massnahmen. Die Kraftwerksbetreiber sind gemäss Art. 9c VBGF zu verpflichten, die notwendigen Sanierungsmassnahmen zu planen und umzusetzen. Sie werden hierfür gestützt auf Art. 15a^{bis} EnG entschädigt.

2. Sanierungsziele

Die vorgezogene strategische Planung vom 16. April 2014 für das Kraftwerk Neuwelt, Münchenstein zeigt auf, dass sowohl im Hinblick auf den Fischaufstieg, den Fischabstieg und den Fischschutz Sanierungsbedarf besteht. Mit der Planung und Umsetzung von Sanierungsmassnahmen sollen nachfolgende Defizite behoben bzw. Sanierungsziele erreicht werden:

Die bestehende Fischaufstiegshilfe ist nur beschränkt funktionstüchtig: Die Durchgängigkeit für den Lachs ist im heutigen Zustand nicht gewährleistet. Der Anschluss des Fischpasses im Unterwasser ist nur bei mittlerer bis hoher Wasserführung auch für kleinere Fische gewährleistet. Beim Ausstieg aus dem Fischpass im Oberwasser besteht ein gewisses Risiko, dass aufsteigende Fische in den St. Albenteich gelangen und so direkt wieder in den Rhein absteigen. Die aufgezeigten Mängel sind zu beheben.

Eine Fischabstiegsanlage fehlt. Der Fischabstieg ist zu gewährleisten. Besondere Beachtung ist hierbei dem Lachs zu schenken.

Der Fischschutz ist aufgrund des zu grossen Stababstands des Rechens und aufgrund teilweise fehlender Tosbecken nicht gewährleistet. Der Fischschutz ist gemäss dem Stand der Technik insbesondere unter Berücksichtigung des Lachses zu gewährleisten.

3. Erwägungen

Die strategische Planung zeigt den grundsätzlichen Sanierungsbedarf beim Kraftwerk Neuwelt Münchenstein auf. Es war und ist jedoch nicht das Ziel der strategischen Planung, mögliche Sanierungsvarianten oder konkrete Lösungsansätze zu erarbeiten.

Gemäss Art. 9c VBGF ist es Aufgabe der Kraftwerksbetreiber, die konkreten Sanierungsmassnahmen zu planen und umzusetzen. Soweit die strategische Planung noch keine ausreichenden Angaben über die Sanierungsmassnahmen enthält, kann die Konzessionärin verpflichtet werden, zur Umsetzung der Planung verschiedene Varianten von Sanierungsmassnahmen zu prüfen. Die zur Realisierung vorgeschlagene Sanierungsvariante muss dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit in Bezug auf die geforderten Sanierungsziele, mögliche Einbussen bei der Stromproduktion und der entstehenden Kosten Rechnung tragen. Zudem hat sie auch den generellen raumplanerischen Anforderungen, wie beispielsweise der Hochwassersicherheit, zu genügen.

Es ist davon auszugehen, dass für die Verbesserung der Fischgängigkeit ein zusätzlicher Bedarf an Dotierwasser für die Fischaufstiegs- und die Fischabstiegsanlage entsteht. Dies

⁷ GS 35.0316

kann Produktionsverluste zur Folge haben. Sie sind grundsätzlich in Kauf zu nehmen, sollen jedoch möglichst gering ausfallen.

Die Abgabe von Dotierwasser für die Fischaufstiegsanlage ist in Art. 6 Abs. 2 der Verleihung (Konzession) vom 31. Oktober 1995 festgelegt. Eine konkrete Wassermenge wird nicht vorgegeben. Der Kraftwerksbetreiber wird jedoch verpflichtet, die für die Fischaufstiegsanlage abgegebene Dotierwassermenge zu registrieren. In Art. 6 Abs. 2 der Konzession wird nebst dem Lachs auch die Forelle als Zielfischart genannt. Dies entspricht nicht mehr dem aktuellen Wissensstand. Nach heutigen Erkenntnissen ist der Birsabschnitt, in welchem das Kraftwerk Neuwelt liegt, der Barbenregion an der Grenze zur Äschenregion zuzuordnen. Zudem wird die Birs im Masterplan Wanderfische Rhein (IKSR Bericht Nr. 109, 2009) der internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) als Programmgewässer zur Wiederansiedlung des Lachses bezeichnet. Das BAFU hat in seiner Stellungnahme zum Zwischenbericht „Strategische Planung Fischgängigkeit“ das künftige Verbreitungsgebiet präzisiert und die Durchgängigkeit der Birs-Kraftwerke für den Lachs bis zur Kantonsgrenze Basel-Landschaft – Jura als Sanierungsziel definiert. Neu sollen sich daher die Anforderungen an die Dotierwassermenge zur Gewährleistung der Fischwanderung primär an den Bedürfnissen des Lachses orientieren. Art. 6 Abs. 2 der Konzession muss daher im Hinblick auf diese Zielfischart angepasst werden.

Die Terminplanung für die Sanierung der Fischgängigkeit wurde im Rahmen der strategischen Planung zusammen mit der Konzessionärin einvernehmlich festgelegt. Für das Kraftwerk Neuwelt Münchenstein wurde folgender Zeitplan mit den entsprechenden Realisierungszeithorizonten festgelegt:

Vorabklärungen und Variantenstudium	bis Ende 2015
Projektierung	bis Anfangs 2016
Baubewilligungs- und Kostengutspracheverfahren	bis Ende 2016
Umsetzung	bis Mitte 2018
Erfolgskontrolle	bis Ende 2019

Die Termine sind knapp bemessen. Deren Einhaltung bedingt, dass allfällige Variantenentscheide, notwendige Bewilligungsverfahren, das Kostengutspracheverfahren zur Erstattung der Sanierungskosten sowie die bauliche Umsetzung ohne grössere Verzögerungen durchlaufen bzw. umgesetzt werden können. Die IWB als Kraftwerksbetreiber ist diesbezüglich gefordert. Sich abzeichnende Verzögerungen im Zeitplan sind dem AUE rechtzeitig zu melden und zu begründen.

Nach Abschluss der Sanierung ist gemäss Art. 9c Abs. 3 VBGF eine Erfolgskontrolle durchzuführen. Den technischen Möglichkeiten für die Durchführung einer Erfolgskontrolle ist bereits bei der Planung der Sanierung Rechnung zu tragen. Sie sollen soweit möglich und sinnvoll ins Sanierungsprojekt einfließen. Hierzu ist die kantonale Fischereibehörde beizuziehen. Die Erfolgskontrolle ist nach den Weisungen der kantonalen Fischereibehörde durchzuführen und auszuwerten. Sollte die Erfolgskontrolle wesentliche Mängel an der sanierten Anlage aufzeigen, so ist die Anlage nachzubessern.

Die Anordnung von Massnahmen gemäss Art. 10 BGF stellt einen Eingriff in die wohl erworbenen Rechte (Konzessionen) der Konzessionäre dar. Die Kraftwerkskonzessionäre haben daher Anspruch auf Entschädigung. Die nationale Netzgesellschaft (Swissgrid) erstattet ge-

mäss Art. 15a^{bis} des eidgenössischen Energiegesetzes (EnG) den Konzessionären die vollständigen Kosten für die nach Art. 10 BGF getroffenen Massnahmen. Dazu gehören gemäss Anhang 1.7 Ziffer 3 der eidgenössischen Energieverordnung⁸ (EnV) sowohl die Kosten für die Planung und Umsetzung von Massnahmen inklusive der Kosten für die Erfolgskontrolle als auch allfällige Entschädigungen für die Dotierung des für den Betrieb einer Anlage zur Sicherstellung der freien Fischwanderung zusätzlich notwendigen Wassers, d.h. für die damit verbundene Minderproduktion an Strom bis zum Ablauf der Konzession.

Das Verfahren für die Kostengutsprache und die Auszahlung der Entschädigung ist in Art. 17d EnV und in Anhang 1.7 EnV festgelegt. Es liegt in der Verantwortung der Kraftwerksbetreiber, die für das Kostengutspracheverfahren notwendigen Unterlagen bereitzustellen und die für das Verfahren notwendigen Schritte rechtzeitig einzuleiten. Ein diesbezüglich wichtiger Meilenstein stellt das Vorliegen einer rechtskräftigen Baubewilligung dar. Sie ist gemäss Anhang 1.7 Ziffer 1 Bst. e EnV Voraussetzung für die Einreichung eines Gesuchs um Kostengutsprache. Gemäss Art. 17d Abs. 1 EnV ist das Gesuch einzureichen, bevor mit dem Bau begonnen wird oder grössere Anschaffungen getätigt werden. Festzuhalten ist ausserdem, dass die im Zusammenhang mit der Sanierung der Fischgängigkeit getätigten Investitionen, welche nicht den Gesetzesvorgaben entsprechen und demzufolge von Swissgrid keine Entschädigung erhalten, durch die Konzessionärin selbst zu tragen sein werden.

Die Massnahmen zur Sanierung der Fischgängigkeit bedingen in der Regel bauliche Eingriffe an den Kraftwerksanlagen. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten sind daher den Behörden aktuelle bzw. nachgeführte Pläne gemäss Art. 4 der Konzession vom 31. Oktober 1995 zu übergeben.

Der Kraftwerksbetreiber wird in Art. 5 Abs. 2 der Konzession vom 31. Oktober 1995 verpflichtet, das anfallende Rechen- und Schwemmgut schadlos zu entsorgen. Nach dem aktuellen Stand der Technik ist für die Gewährleistung des Fischabstiegs jedoch die Weitergabe des Geschwemmsels ins Unterwasser des Kraftwerks notwendig. Art. 5 Abs. 2 der Konzession ist daher auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Fischabstiegshilfe aufzuheben. Der Umgang mit Treibgut richtet sich nach der Aufhebung von Art. 5 Abs. 2 nach Art. 41 GSchG. Gestützt auf Art. 41 GSchG kann dem Kraftwerksbetreiber erlaubt werden, anfallendes Treibgut via Fischabstieg ins Unterwasser weiterzugeben.

4. Rechtliches Gehör

Die vorliegende Sanierungsverfügung wurde der IWB mit Brief vom 21. Januar 2015 im Rahmen des rechtlichen Gehörs zur Stellungnahme zugestellt. Die IWB hat mit Schreiben vom 20. Februar 2015 zum Verfügungsentwurf folgend Stellung genommen:

Die IWB begrüsst in ihrem Schreiben die Sanierungsverfügung und streicht insbesondere die Relevanz des Kraftwerks hinsichtlich einer freien Fischwanderung und der Wiederansiedlung des Lachses in der Birs heraus. Die Sanierungsziele wurden gemeinsam mit den zuständigen kantonalen Fachstellen erarbeitet. Die IWB bringt in ihrem Schreiben folgende Aspekte hervor:

⁸ SR 730.01

Wasserfalleffekt, Antrag zur Änderung Art. 6

Die Konzessionärin beantragt eine Änderung oder Streichung von Art. 6, Dotierwasser, Abs. 3, der Konzession vom 31. Oktober 1995: „Zur Sicherstellung des Wasserfalleffektes ist über der Wehrkrone jederzeit diejenige Wassermenge abzugeben, die dem fotografisch dokumentierten Zustand am 19. Oktober 1994 entspricht (ca. 700 l/s).“

Die IWB begründen ihren Antrag damit, dass für Fische ein Abstieg über die Wehrkrone bei der bestehenden Anlage nicht verletzungsfrei gewährleistet sei. Nach einer erfolgreichen Inbetriebnahme der geplanten Fischabstiegshilfe sollte daher künftig ein Absteigen über das Wehr soweit möglich vermieden werden. Nur für die Erzeugung des Wasserfalleffektes, so wie in der Konzession festgehalten, würde aber bereits eine deutlich geringere Wassermenge ausreichen. Mit der Änderung könnte auch auf die Änderung der Tosbecken verzichtet werden.

Der Regierungsrat nimmt wie folgt Stellung zu dem von den IWB vorgebrachten Antrag:

Die in der Konzession festgehaltene Dotierwassermenge, die über das Wehr fallen muss, beruht auf einer Einschätzung und nicht auf einer Messung. Mit der Dotierwassermenge sollte bisher gewährleistet werden, dass ein Wasserfalleffekt beim Wehrüberfall erhalten bleibt. Deshalb wurde die Mengenangabe mit „ca. 700 l/s“ formuliert. Der Kanton hat bei einer Prüfung der Sanierungsvarianten verschiedene Aspekte zu berücksichtigen (optimale energetische Nutzung, freie Fischwanderung, Hochwassersicherheit etc.). Bezüglich der zur Erzeugung des Wasserfalleffekts notwendigen Wassermenge enthält Art. 6 Abs. 3 der Konzession einen gewissen Spielraum. Dieser Spielraum muss im Variantenstudium genauer untersucht werden. Eine Anpassung der Konzession ist hierfür nicht notwendig. Die vorgeschlagene Massnahme ersetzt jedoch nicht fehlende Tosbecken, da bei grösseren Wassermengen die Fische trotzdem über die Wehrkante abwandern werden.

Neozoenproblematik

Die IWB ersucht den Kanton, die im Abschnitt Sanierungsziele beschriebene Neozoenproblematik am Kraftwerk Neuwelt detaillierter darzustellen und bezüglich invasiver Species und deren Relevanz auf die Beeinträchtigung der Ökosysteme in der Birs zu präzisieren.

Der Regierungsrat nimmt wie folgt Stellung zu dem von den IWB vorgebrachten Antrag:

Die kantonalen Behörden haben in Zusammenarbeit mit der Fischereifachstelle des Bundes und Fachleuten aus der Forschung die Neozoenproblematik einer detaillierten Betrachtung unterzogen. Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass die Gewährleistung der freien Fischwanderung für einheimische Arten in der Birs höher zu gewichten sei, als die Verhinderung der Ausbreitung von Neozoen. Der Regierungsrat beschliesst daher, die Vorgaben bezüglich Neozoen aus den Sanierungszielen zu streichen, da momentan keine geeignete Technik vorhanden ist, welche die Wanderung der einheimischen Arten gewährleisten und gleichzeitig die Wanderung von Neozoen verhindern kann. Der Kanton behält sich vor, nach Art. 9a VBGF weitere Massnahmen anzuordnen, damit landesfremde Fische und Krebse sich nicht ausbreiten.

Anrechenbarkeit von baulichen Massnahmen / Bewilligungsprozess

Nach Ansicht der Konzessionärin sollte aus der Sanierungsverfügung klar hervorgehen, dass die baulichen Anpassungen am Geschiebefangsystem in direktem Zusammenhang mit der Herstellung der Fischgängigkeit und des Fischschutzes stehen und ein integraler Bestandteil der Sanierungsmassnahmen nach GSchG darstellen, d.h. ebenfalls nach Energiegesetz (EnG) Art. 15a^{bis} entschädigungsberechtigt sind.

Der Regierungsrat nimmt wie folgt Stellung zu dem von den IWB vorgebrachten Antrag:

Die Bestätigung von entschädigungsberechtigten baulichen Anpassungen gestützt auf Art. 15a^{bis} EnG ist nicht Gegenstand der vorliegenden Sanierungsverfügung. Es werden lediglich Sanierungsziele verfügt. Die Konzessionärin erarbeitet in Absprache mit dem Kanton ein Sanierungsprojekt. Dieser bezieht das BAFU mit ein. In dieser Phase des Projekts soll Klarheit geschaffen werden, welche Massnahmen verhältnismässig und anrechenbar sind.

Nach Vorliegen der Baubewilligung hat die IWB das Gesuch für eine Entschädigung für Sanierungsmassnahmen bei Wasserkraftwerken gemäss Art. 17d EnV bei der Koordinationsstelle des AUE einzureichen. Die Koordinationsstelle leitet das Gesuch mit ihrer Stellungnahme an das BAFU weiter. Das BAFU erstellt zuhanden der nationalen Netzgesellschaft (swissgrid) einen mit der Koordinationsstelle des AUE abgestimmten Antrag, über die Gewährung und die voraussichtliche Höhe der Entschädigung. Die swissgrid teilt der Konzessionärin in einem Entscheid mit, ob und in welcher voraussichtlichen Höhe eine Entschädigung gewährt wird.

Im Sinne der Erwägungen verfügt der Regierungsrat wie folgt:

- ://:
1. Auf Grund der im Rahmen der strategischen Planung zur Wiederherstellung der Fischwanderung in der Birs festgestellten Mängel ist das Kraftwerk Neuwelt Münchenstein gemäss vorstehender Ziffer 2. „Sanierungsziele“ und gestützt auf Art. 9c VBGF zu sanieren.
 2. Die IWB werden verpflichtet, mögliche Sanierungsvarianten zu prüfen und bei der Koordinationsstelle des AUE eine geeignete Sanierungsvariante zur Prüfung einzureichen. Die gewählte Sanierungsvariante hat der Verhältnismässigkeit in Bezug auf die geforderten Sanierungsziele, den möglichen Einbussen bei der Stromproduktion und den entstehenden Kosten Rechnung zu tragen.
 3. Die Koordinationsstelle leitet anschliessend die geprüfte Sanierungsvariante zur Durchführung des Baubewilligungsverfahrens für die erforderlichen baulichen Massnahmen an das Bauinspektorat weiter.
 4. Die IWB werden aufgefordert, der Koordinationsstelle des AUE nach Vorliegen der Baubewilligung, jedoch vor Baubeginn ein Gesuch um Erstattung der Kosten für die vorgesehenen Sanierungsmassnahmen zuhanden des BAFU einzureichen. Das Gesuch hat den in Anhang 1.7 Ziffer 1 EnV festgelegten Anforderungen zu genügen.
 5. Bis spätestens Ende 2019 ist durch die IWB eine Erfolgskontrolle durchzuführen und auszuwerten. Die Auswertung ist der Koordinationsstelle des AUE zur Kenntnisnahme zuzustellen.
 6. Art. 5 Abs. 2 der Konzession vom 31. Oktober 1995 (Umgang mit anfallendem Rechen- und Schwemmgut) gilt ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Fischabstiegsanlage als aufgehoben.

7. Der künftige Umgang mit Rechen- und Schwemmgut ist von den IWB im Rahmen des Sanierungsprojekts aufzuzeigen und im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens genehmigen zu lassen.
8. Art. 6 Abs. 2 der Konzession für das KW Neuwelt, Münchenstein, wird wie folgt geändert:
„Die Dotierwassermenge der Fischaufstiegsanlage ist den Bedürfnissen des Lachses anzupassen und permanent zu registrieren. Ebenso ist die für den Betrieb der Fischabstiegsanlage notwendige Dotierwassermenge zur Verfügung zu stellen und permanent zu registrieren.“ Die neue Regelung gilt jeweils ab Inbetriebnahme der Fischauf- bzw. Fischabstiegsanlage.
9. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten sind durch die IWB der Koordinationsstelle des AUE aktuelle Pläne gemäss Art. 4 der Konzession zu übergeben.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Entscheid kann innert 10 Tagen, vom Empfang des Entscheides an gerechnet, beim Kantonsgericht, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Bahnhofplatz 16, 4410 Liestal, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde, die in vierfacher Ausführung einzureichen ist, muss ein klar umschriebenes Begehren und die Unterschrift der beschwerdeführenden oder der sie vertretenden Person enthalten. Der angefochtene Entscheid ist der Beschwerde in Kopie beizulegen. Das Verfahren vor dem Kantonsgericht, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht ist kostenpflichtig.

Verteiler:

- ☒ IWB, Margarethenstrasse 40, 4002 Basel (eingeschrieben)
- ☒ Landeskanzlei
- ☒ VGD, Amt für Wald beider Basel, Fischereiwesen
- ☒ BUD, Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung
- ☒ BUD, Bereich Umwelt und Energie
- ☒ Bau- und Umweltschutzdirektion

Der Landschreiber:

Peter Vetter

